

SOLOTHURNER FREISINN

Wir machen Solothurn stark!

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



JA zur 1:85-Initiative!

Klare Parolen für alle drei Vorlagen

An der kantonalen Delegiertenversammlung vom 1. Februar 2024 in Welschenrohr wurden für die kommende Abstimmung die Parolen gefasst und Kurt Fluri wurde verabschiedet.

Ja zur 1:85 Initiative

Die 1:85 Initiative wurde von Kantonsrat Daniel Probst vorgestellt. Auf Seite 3 finden Sie eine Zusammenfassung der wichtigsten Argumente. Die Delegierten stimmten mit 96 Ja, 9 Nein der 1:85-Initiative klar zu.

Ja zur Renteninitiative

Melanie Racine, Präsidentin der Jungfreisinnigen, stellte die Grundsätze der Renteninitiative vor (siehe Seite 6). Die Delegierten stimmten mit 96 Ja und 5 Nein der Renteninitiative klar zu.

Nein zur 13. AHV Rente

Kantonsrätin Sabrina Weisskopf stellte die Auswirkungen der 13. AHV-Rente vor (siehe Seite 6). Die Delegierten lehnten die 13. AHV-Rente mit 2 Ja, 95 Nein deutlich ab.

Staatschreiber Andreas Eng verabschiedete Kurt Fluri und dankte ihm für sein mehr als dreissig-jähriges Engagement (siehe Seite 4 und 5).

Stefan Nünlist, Kantonsrat und Parteipräsident, betonte am Schluss, dass der Leitstern des Freisinn – der Liberalismus – hochgehalten werden muss. Seine Gedanken finden Sie auf Seite 7.

Inhalt

- 3–8 Solothurner Freisinn
- 9 Rückblick Wintersession
- 10–12 Kampagnen
- 13 Parolenspiegel
- 14 Rückblick Bundesratswahlen
- 15–17 Delegiertenversammlung 2024 in Zug
- 18/19 Europapolitik
- 20/21 Migrationspolitik
- 22 Energiepolitik
- 23 Kolumne Andri Silberschmidt



Längst fällige Reformen anpacken

FDP übernimmt Verantwortung

Liebe Freisinnige

Die 52. Legislaturperiode hat soeben begonnen. Die vergangene Legislatur war geprägt von Krisen, geopolitischen Verwerfungen und einem ausgesprochenen Reformstau im Inland. Mehrmals setzte der Bundesrat Notrecht ein, in etlichen Bereichen blockierte das Parlament sich selbst. Auch wenn die Welt in den vergangenen Monaten vor neue Herausforderungen gestellt wurde: Es ist unabdingbar, dass unser Land in den kommenden vier Jahren die längst fälligen Reformen in der Altersvorsorge, im Gesundheitswesen oder in der Sicherheits- und Energiepolitik anpackt und umsetzt. Dazu braucht es Gestaltungswillen, Zuversicht, Mut, Konsensfähigkeit. Als bürgerlich-liberale Kraft übernehmen wir Freisinnige Verantwortung für unsere Schweiz und prägen stabile und mehrheitsfähige Wege für die Herausforderungen dieser Zeit.

Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis wiedergewählt

Eine erste Duftmarke setzte das Parlament anlässlich der Wiederwahl der bisherigen Bundesräte. Trotz Ränkespielen von Mitte-links hat sich die Bundesversammlung am Ende zu den etablierten und bewährten Regeln bekannt, wonach die drei stärksten Parteien Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat und die viertstärkste Partei Anspruch auf einen Bundesratssitz hat. Diese Zauberformel sowie die Konvention, dass amtierende Bundesräte nicht abgewählt werden, bringen unserem Land Stabilität. Eine Stärke, die nicht leichtfertig aufgegeben werden darf.

Zukunft der AHV: Verantwortung übernehmen, Realitäten anerkennen

Die FDP ist die bürgerlich-liberale Kraft, die seit

jeher Verantwortung für dieses Land übernimmt. Wir erkennen Realitäten und richten unsere Lösungsvorschläge danach aus, anstatt wie Mitte-links und die SVP Traumtänzeri zu betreiben und die Augen vor den Tatsachen zu verschliessen. Wir Freisinnigen muten es den Schweizerinnen und Schweizern zu, zur Sicherung der AHV mit der Renteninitiative eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters vorzuschlagen. Und wir stehen hin und sagen: Mit der 13. AHV-Rente fahren wir unser wichtigstes Sozialwerk innert weniger Jahre an die Wand. Diese Rentenerhöhung per Giesskanne ist weder sozial noch generationengerecht noch nachhaltig.

Weiterentwicklung bilaterale Beziehungen mit EU

Ebenso ist es im Interesse der Schweiz, dass die Beziehungen mit der EU wieder auf eine solide Basis gestellt werden. Der Fortschritt des Bundesrates, ein Verhandlungsmandat zur Weiterentwicklung des bilateralen Wegs zu verabschieden, ist zu begrüssen. Die EU ist unser wichtigster Handelspartner. Wir teilen eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Werte. Nun ist es unerlässlich, dass alle Akteure ihre Verantwortung wahrnehmen und sich für eine mehrheitsfähige Lösung einsetzen. Alle politischen Parteien und Sozialpartner haben ihre kurzfristigen Wahl- oder Partikularinteressen dem Wohl des Landes hintanzustellen.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

JA zur 1:85-Initiative!

Für eine bezahlbare Verwaltung

In den letzten 15 Jahren ist die Anzahl Vollzeitstellen beim Kanton rund doppelt so schnell gewachsen wie die Bevölkerung. Das führt nicht nur zu mehr Bürokratie, sondern vor allem auch zu hohen Kosten.

Diese Entwicklung wollen wir stoppen, und zwar mit unserer 1:85-Initiative, über die wir am 3. März 2024 abstimmen. Mit Annahme der Initiative darf die kantonale Verwaltung pro 85 Einwohnerinnen und Einwohner «nur» eine Vollzeitstelle aufweisen, was dem Stand im Jahr 2019 entspricht, als wir mit der Initiative gestartet sind. In der Zwischenzeit hat der Kanton munter neue Stellen geschaffen, und das bei einem budgetierten Defizit von über 110 Millionen im laufenden Jahr.

Die Initiative richtet sich nicht gegen die Staatsangestellten, deren wertvolle Arbeit wir sehr schätzen. Nein, die Initiative soll den Kantonsrat und die Regierung in die Pflicht nehmen, haushälterisch mit unseren Steuergeldern umzugehen. Der Kanton Solothurn hat nämlich bereits heute die vierthöchste Steuerbelastung für natürliche Personen und ist vom Finanzausgleich und den Nationalbankgeldern abhängig. Wir können uns ein überdurchschnittliches Staatswachstum gar nicht leisten.

Unsere Initiative wird von den Wirtschaftsverbänden und über die Parteigrenzen hinaus unterstützt, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die kantonale Bürokratie nimmt stetig zu. Das spüren sowohl unsere Einwohnerinnen und Einwohner (z. B. bei Baugesuchen), unsere Gemeinden (z. B. bei der Ortsplanungsrevision), die KMUs, das Gesundheitswesen, Schulen und auch die Polizei. Statt die wertvolle Zeit für den Unterricht an Schulen, die Behandlung/Pflege von Patientinnen und Patienten und für die Polizeiarbeit an der Front zu nutzen, steigt der administrative Aufwand unserer Angestellten.
- Während der Kanton mit Steuergeldern kräftig ausgebaut wird, fehlen die Fachkräfte in den Gemeinden und in der Privatwirtschaft.
- Jedes privatwirtschaftliche Unternehmen würde bei einem Defizit von 110 Millionen Franken Sparmassnahmen beschliessen und nicht unbesorgt weiteres Personal einstellen.
- Die Initiative betrifft nur die kantonale Verwaltung. D. h., sie tangiert weder Primarschullehrerinnen und -lehrer oder andere Gemeindeangestellte noch das Gesundheitspersonal.

– In den nächsten zwei Jahren werden über 500 Personen in der kantonalen Verwaltung pensioniert. Hinzu kommt die natürliche Fluktuation. Die Annahme von 1:85 führt also nicht zu Entlassungen.

Deshalb, liebe Freisinnige, helfen Sie mit und sagen Sie Ja zu 1:85 – für einen schlanken, aber starken Kanton Solothurn!

Sabrina Weisskopf, Vizepräsidentin und Kantonsrätin FDP

Jetzt den Abstimmungskampf unterstützen:
www.1zu85.ch



«Schlanke Verwaltung, wenig Bürokratie für alle.»

Martin Rufer
Direktor Schweizerischer Bauernverband



«Mehr Freiheit, weniger Bürokratie.»

Rémy Wyssmann
Nationalrat SVP, Rechtsanwalt



«Um weiterhin einen guten Job zu machen, braucht es nicht eine grosse, sondern eine effiziente Verwaltung. Maximum 1:85 ist der richtige Weg.»

Bruno Fuchs
Präsident Baumeisterverband



«Dreistelliges Millionendefizit 2024 und ungebremstes Stellenwachstum in der Verwaltung? Ich sage ja zu 1:85.»

Pia Stebler
Präsidentin KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



Verabschiedung Kurt Fluri

Danke, Kurt!

Anlässlich der Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn wurde Kurt Fluri für sein mehr als dreissigjähriges Engagement als Kantonsrat, Stadtpräsident und Nationalrat geehrt und verabschiedet.

Kurt Fluri, der Homo Politicus

Die ersten Spuren des politischen Interesses Kurt Fluris sind im Archiv der Studentenverbindung Wengia zu finden: Der damals 17-jährige Gymnasiast publizierte 1973 im Vereinsorgan einen Aufsatz zum Thema «Die KSZE-Gespräche und ihre Zusammenhänge». Die Wengia war für Kurt Fluri der eigentliche Nährboden der Politik. Als Kurt Fluri in eine (noch) nicht existierende Sektion Solothurn der Jungliberalen eintreten wollte, gründete er mit Weggefährten aus der Wengia kurzerhand – auf Anregung des damaligen Parteisekretärs Peter Gisiger – eine neue Sek-

tion. Auch während seines Studiums der Rechtswissenschaften in Bern war er oftmals auf den Zuschauertribünen des Ständerates anzutreffen, die Debatten waren für ihn wertvolle staatsrechtliche Vorlesungen.

Als junger Anwalt in der freisinnigen Talentschmiede von Max Flückiger begab er sich, wie andere auch, auf die damals übliche politische «Ochsentour», mit der Besonderheit aber, dass sein Ochsenkarren nicht im politischen Sumpf stecken blieb, sondern unbeirrt weiterlief: 1985 wurde Kurt Fluri in den Gemeinderat der Stadt Solothurn gewählt, 1989 schaffte er den Sprung in den Kantons-

«Politik ist mein Hobby, das Büro meine Zweitwohnung: Ich habe das ganze Jahr bezahlten Urlaub.»

rat, wo er in den Jahren 1999 bis 2003 die damals noch mit gelbem Schriftzug und mit kleinem d politisierende Fraktion präsidierte. 1993 folgte der Sprung ins Stadtpräsidium, wo er während 28 Jahren wirkte, und 2003 schliesslich die Wahl in den Nationalrat, dem er während fünf Legislaturperioden angehörte.



Kurt Fluri und Fulvio Pelli im Jahr 2011.



Ignazio Cassis, Stefan Nünlist, Sabrina Weisskopf und Kurt Fluri an der kantonalen DV in Balsthal (25. Mai 2023).



Kurt Fluri bei seiner Verabschiedung (1. Februar 2024).

Dass Politik sein Leben ist, konnte man auch empirisch feststellen, wenn zu später Abendstunde im Stadthaus noch immer das Licht brannte. Eine Work-Life-Balance braucht er nicht, weil es für ihn keine Unterscheidung zwischen «work» und «life» gibt. In seinen Worten: «Politik ist mein Hobby, das Büro meine Zweitwohnung: Ich habe das ganze Jahr bezahlten Urlaub.» Seine Dossierfestigkeit manifestiert sich nicht nur in seinen wohlorganisierten Aktenstapeln auf Pult und Tischen, sondern auch in der oftmals von Bundesrat Cassis erzählten, sympathischen Anekdote, dass er zu seinen Zeiten als Fraktionschef immer Kurt Fluri neben sich haben wollte: Der sei sein wandelndes Lexikon gewesen.

Kurt Fluri, der Stadtpräsident

Siebenmal ist KuFlu – so sein Übername in der Stadt Solothurn – als Stadtpräsident gewählt worden. Meistens mit Wahlergebnissen, die an autokratische Regimes erinnern. Nur einmal wagte sich ein junger Koch namens Murphy in die Arena – und konnte Kurt Fluri ein paar Stimmen abluchsen, was im Sinne einer psychohygienischen Aktion einigen Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit zu einem ohne Folgen bleibenden Tritt ans Schienbein bot. Als einen der wichtigsten Verdienste in seinen Jahren als Stadtpräsident ist zweifellos die

Festigung der Position der Stadt Solothurn als Kulturstadt. Die Sanierung des Stadttheaters darf hier sicher exemplarisch genannt werden: Die Bevölkerung hiess das 20-Millionen-Projekt mit einem Ja-Anteil von über 80 Prozent gut.

Kurt Fluri auf nationaler Bühne

198 parlamentarische Vorstösse gehen auf sein Konto, den ersten widmete er der Modernisierung der Bahninfrastruktur, was auch gleichzeitig auf eines seiner Themen verweist, das ihm am Herzen lag: der öffentliche Verkehr, später konkret die FABI-Vorlage. Im Zentrum seines Interessens standen zudem Fragen des Natur- und Heimatschutzes, im Speziellen die Erhaltung der Biodiversität. Sein Engagement galt auch – als überzeugter Verfechter des Subsidiaritätsprinzips – der Stärkung der dritten föderalen Ebene, den Gemeinden und Städten. Kurt Fluri hatte in Bundesbern stets ein offenes Ohr für Solothurner Anliegen, was auch seitens des Regierungsrats sehr geschätzt wurde. Im Weiteren griff er Anliegen aus den Bereichen Kultur, Rechtsfragen, Presseförderung, Agglomerationspolitik oder auch der Migrationspolitik auf.

Und zum Schluss noch dies ...

Wer Kurt Fluri kennt, weiss, dass er durchaus pointiert und bissig sein kann. Dies ist insbeson-

dere auch in seinen Äusserungen zum politischen Gegner, vorab der SVP, zum Ausdruck gekommen. Retourkutschen wie Rücktrittsforderungen in der Form von offenen Briefen hat er mit Humor weggesteckt. Seine Meinung entspricht nicht immer der Parteilinie. So, wie es sich eben für einen liberalen Kopf gehört. Sachlichkeit und Rechtsstaatlichkeit sind Grundsätze, die für Kurt Fluri über allem stehen, Dogmatiker ist er zuletzt und kann durchaus von besseren Argumenten überzeugt werden. Politische Symbolik ist für ihn nicht wichtig, auch wenn sein jährlich in den Fasnachtszeitungen thematisierter, persönlicher Auftritt zuweilen durchaus symbolische Elemente trägt.

Es ist bekannt, dass Kurt Fluri der Rücktritt von seinen Ämtern nicht leichtgefallen ist: Es sei ein Kopfschmerz gewesen. Und bewusst ist es ihm auch, dass er seine politische Laufbahn nicht derart hätte gestalten können, wenn nicht seine Gattin Denise die Rolle als Managerin der siebenköpfigen Familie übernommen hätte.

Kurt, wir danken dir für deinen riesigen Einsatz zugunsten des Freisinns und der Allgemeinheit und wünschen dir in deinen Aufgaben, die du übernommen hast, viel Glück und eine gute Hand!

Andreas Eng, Staatschreiber

Flyer und Glaceaktion in Solothurn.



Die Jungfreisinnigen kämpfen für die Renteninitiative. Kritischer Blick gilt der verlogenen Initiative der Linken!

Die Ausgangslage

Der demografische Wandel stellt die AHV vor eine enorme Herausforderung. Die Menschen werden immer älter und beziehen länger eine Rente. Eingeführt wurde die AHV 1948 durch Altbundesrat Walther Stampfli – ein Freisinniger aus Solothurn. Damals war die Lage aber eine komplett andere als die heutige. Während unsere Lebenserwartung erfreulicherweise steigt, sinkt diejenige der AHV. Zu beachten ist, dass die bisherigen Sanierungen

die AHV nur kurzfristig retten konnten. Eine Fehlentscheidung heute könnte sich in Zukunft als Verhängnis erweisen.

Das Problem mit der 13. AHV-Rente

Wir müssen uns bewusst sein, dass eine 13. AHV-Rente wenig bringt, wenn in einigen Jahren nicht einmal mehr der erste Monat im Jahr bezahlt werden kann. Schon in zehn Jahren wird in optimistischen Prognosen mit einem jährlichen Verlust in

Höhe von fünf Milliarden Franken gerechnet – viel Spass den Ü50-Jährigen. In der Summe ergibt sich im Jahr 2050 ein Defizit von über 100 Milliarden Franken. So als Vergleich: Die Corona-Krise kostete total 30 Milliarden Franken, was finanziell schon eine Katastrophe war. In der Berechnung dieser Zahlen wurde nun aber die 13. AHV-Rente noch nicht einmal berücksichtigt. Allein in den ersten acht Jahren ergibt sich durch diesen zusätzlichen Monat Mehrkosten von jährlich über fünf Milliarden Franken!

Wer soll diesen Ausbau bezahlen? Die AHV kann sich diesen unmöglich leisten – vielleicht mithilfe der Renteninitiative? Wenn wir alle zusammen in diesen Abstimmungskampf gehen und stark die Nein-Parole vertreten, kann uns diese Frage erspart bleiben.

Die Renteninitiative als freisinniger Behüter vor dem Kollaps

Das Loch von über 100 Milliarden Franken bleibt aber trotzdem noch bestehen. Deshalb ist die Unterstützung der Renteninitiative zwingend nötig. Jetzt haben wir es in der Hand, die AHV mit einem liberalen Vorschlag zu retten. Wenn dies nicht gelingt, bleiben als einzige realistische Optionen die Erhöhung der Lohnbeiträge oder weitere Erhöhungen der Mehrwertsteuer. Letzteres bringt dann auch den Rentnern wenig, da auch alltägliche Waren und Dienstleistungen teurer werden.

Der entscheidende Kampf um die Renten

Die Jungfreisinnigen mobilisieren mit der aktuellen Kampagne Stimmberechtigte aus allen Altersklassen. Dennoch bahnt sich ein Generationenkampf zwischen Jung und Alt an. Der Knackpunkt liegt nun darin, den wahren Übeltäter zu identifizieren und gemeinsam zu schlagen. Die Linken und Gewerkschaften haben als ultimatives Ziel alle nachhaltigen Reformen sinnlos so lange abzulehnen, bis nur noch die Umverteilung von oben nach unten etwas nützt. Deshalb ist die Unterstützung von allen Freisinnigen, egal in welchem Alter, äusserst notwendig! In Solothurn bietet sich uns aus historischen Gründen zudem ein zusätzlicher Anreiz: Den Nachlass eines der Unseren zu retten.

Man soll sich heute also nicht von einer Märchenwelt blenden lassen, die das Problem auf morgen verschieben will. Wer sich die Zahlen und Fakten ansieht, dem bleibt nur der logische Schluss zur Unterstützung der Renteninitiative. Diese packt das Problem am Fundament, dem demografischen Wandel, und bietet eine konsequente Lösung.

Emrecan Deger, Vorstand Jungfreisinnige Kanton Solothurn



Podium Altersvorsorge im «La Couronne», Solothurn.

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



In den Wochen nach den National- und Ständeratswahlen mussten wir Freisinnige uns Kritik und Häme anhören. Die Covid-Epidemie und die Herausforderungen des Klimawandels machen es für uns Liberale anspruchsvoll. Der Staat und staatliches Handeln geniessen Zuspruch. Alles, was uns nicht passt, soll der Staat lösen. Die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, Risiken zu tragen und gewisse Unbill des Lebens zu ertragen, sind beschränkt.

Beseelt vom Glauben an die Allmacht des Staates und der Beamtenschaft proklamieren SP, Grüne und Etatisten aus allen politischen Lagern permanent irgendwelche Notstände und rufen zu staatlichen Eingriffen auf. Doch die Hoffnung, dass es der Staat besser kann und alle unsere Herausforderungen löst, ist eine trügerische Illusion. Sie ist überheblich und beruht auf dem grundlegenden Irrtum, dass politisch-staatliche Akteure eine noch unbekannte und unvorhersehbare Zukunft nach ihren Plänen und Vorstellungen gestalten können. Das ist eine Anmassung. Denn ein Staat, der immer wieder sozialplanerisch in die Gesellschaft eingreift, schaltet die schöpferische Spontaneität der Freiheit aus, schafft Ungleichheiten und verhindert damit den wahren Fortschritt. Darum ist und bleibt Freiheit der zentrale Wert und Leitstern von uns Liberalen und Freisinnigen.

Wenn nun gewisse Freisinnige unter Absingen wüster Lieder der FDP den Rücken kehren, nur weil wir haushälterisch mit Steuergeldern umgehen und unternehmerisches Handeln hochhalten, ist das bedauerlich. Noch bedenklicher ist, wer den Freisinn als Juniorpartner der SVP bezeichnet. Denn wer das tut, hat den fundamentalen Unterschied zwischen

Liberalen und Konservativen nicht verstanden, wie er vom grossen liberalen Vordenker Friedrich August von Hayek treffend beschrieben wurde. Konservative urteilen und argumentieren auf Grund von moralischen Überzeugungen (zum Beispiel «böse Ausländer», «schlechtes Europa») und pflegen eine Vorliebe für Autorität und autoritäre Instanzen. Wir Freisinnigen aber lassen uns vom Prinzip Freiheit leiten. Wir sind überzeugt, dass Wettbewerb, das Zulassen neuer Ideen, Geschäftsmodelle und Formen des Zusammenlebens, zu einer erfolgreichen, innovativen und eben auch gerechteren Gesellschaft führen. Dazu gehört, auch Scheitern zuzulassen, Fehler zu begehen und daraus zu lernen. Staatliche Vollkasko Mentalität verträgt sich nicht mit Freisinn.

Das ist, besonders in der heutigen Zeit, nicht immer eine einfache und bequeme Botschaft. Denn Teil davon ist, Nein zu sagen, neue und auch bestehende staatliche Aufgaben immer wieder kritisch zu hinterfragen, den Staat mit Augenmass zu entwickeln und von den Verantwortlichen entsprechend einzufordern.

Genau das tun wir mit unserer 1:85 Initiative und der Renteninitiative der Jungfreisinnigen.

Mit einem Ja zur Renteninitiative stehen wir zu unserer Verantwortung gegenüber den nachkommenden Generationen und für das Sozialwerk AHV. Mit der 1:85 Initiative kämpfen wir gegen die überbordende Bürokratie und den steten Ausbau der Verwaltung. Mit einem JA zu dieser ausgewogenen Initiative sagen wir Ja zu mehr Selbstverantwortung und gesundem Menschenverstand, Grundpfeiler einer freiheitlichen Politik. Mit einem JA zu diesen beiden Initiativen knüpfen wir auch direkt an die vor zwei Jahren in allen Bezirken gepflanzten Freiheitseichen an. Wir haben mit dem Pflanzen der Bäume bekräftigt, dass wir für eine liberale, erfolgreiche Schweiz und einen prosperierenden Kanton Solothurn eintreten wollen. Auch wenn es unbequem ist, die Freiheit ist tragende Säule und differenzierender Faktor unseres politischen Handelns. Aus ihr heraus müssen wir argumentieren und auf eine einfache Art und Weise verständlich machen, warum eine freiheitliche Gesellschaft langfristig erfolgreich und gerecht ist.

Mit herzlichem Gruss, Stefan Nünlist

Tonangebende Radikale

Kolumne

Gewerkschaftsboss Pierre-Yves Maillard hat es klar gesagt: Es bestehe keine Chance, dass die Gewerkschaften dem vom Bundesrat vorgelegten EU-Paket zustimmen werden. Obwohl der Bundesrat versucht hat, beim Lohnschutz den Gewerkschaften entgegenzukommen, geht das Maillard zu wenig weit. Ein No-Go für ihn sind zudem die geplante Liberalisierung des Schienenverkehrs und die Strommarktöffnung. Zudem fordert er nationale Mindestlöhne und eine Ausweitung der Gesamtarbeitsverträge. Alles in allem radikale Forderungen.

Auf der anderen Seite erklärt die SVP ebenso kategorisch, dass die Schweiz nicht «schleichend» in die EU eingebunden werden dürfe. Somit sagt man zu allem, was aus Brüssel kommt, am besten sofort Nein. Kann so das bilaterale Verhältnis zur EU überhaupt weitergeführt oder sogar erneuert werden? Selbst bei der SVP weiss man zwar, dass die Schweiz mit der EU ihren grössten Warenaustausch hat. Aber was unternimmt sie, dass das so bleibt? Politik mit der EU ist nicht nur Aussenpolitik, sondern auch Wirtschaftspolitik. Frühere Wirtschaftsminister haben sich denn auch an der Seite des Aussenministers tatkräftig für das Gelingen von Übereinkommen mit Brüssel eingesetzt. Zu erinnern ist insbesondere an die Bundesräte Schaffner, Brugger, Honegger, Delamuraz oder Schneider-Ammann. Guy Parmelin verharnt dagegen lieber mäuschenstill in der Ecke, wenn es um Europa geht, um sich ja nicht mit seinen Parteifreunden anzulegen. Klar, dass dann das Scheitern des Rahmenabkommens ausschliesslich Bundesrat Cassis zugeschoben wird.

Die Wahlen sind vorbei. Natürlich will man jetzt Wahlversprechen einlösen. Aber die Tagespolitik lässt sich nicht nur mit Parteiprogrammen lösen. Es braucht den Konsens, den Kompromiss, um weiterzukommen. Tonangebend sind derzeit aber Links- und Rechtsradikale. Es waren auch Radikale, die den jungen Bundesstaat massgeblich mitgestaltet hatten und noch bis 1967 führte die freisinnige Fraktion in den eidgenössischen Räten den Namen Radikal-demokratische Fraktion der Bundesversammlung. Auch war lange Zeit die parti radical vaudois das Vorzeigegesicht des Freisinns, die einen deutlichen Gegenakzent zu den



etwas abgehobeneren Liberalen markierte. Diese Radikalen haben sich aber für die Volksrechte – notabene auch für das Wahlrecht der Ärmsten – für Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Meinungsfreiheit, eingesetzt, für eine gut funktionierende Demokratie.

«Es braucht den Konsens, den Kompromiss, um weiterzukommen.»

Den heutigen Radikalen geht es aber nur noch darum, Maximalforderungen zu stellen, über die man nicht mehr mit sich reden lässt. Das führt zur Polarisierung. Und wer sind die Leidtragenden? In seinem neuesten Buch «Frühling der Revolution» weist der bedeutende Historiker Christopher Clark auf die «Verwundbarkeit liberaler Politik in Phasen der politischen Polarisierung, die einfache, leicht erklärbare Lösungen begünstigen» hin.

Nur: Darüber darf man sich nicht einfach beklagen, sondern sollte vielmehr energisch etwas dagegen tun.

Urs Marti, Langendorf

Wechsel in den Ortsparteien

Biberist

Raffael Kurt (neu) für Lukas Lohm

Dornach

Alain Amhof (neu) für Ludwig Binkert

Wolfwil

Mirko Ackermann (neu) für Joel Wenger

Wir danken den zurückgetretenen Ortsparteipräsidenten herzlich für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

AGENDA

Dienstag, 27. Februar:

19 Uhr: Parteivorstandssitzung, Gasthof von Arx Egerkingen

Donnerstag, 21. März:

16 Uhr: Supporter Club, Firmenbesichtigung, Däniken

Mittwoch, 27. März

19.30 Uhr: Orts- und Amteiparteipräsidentenkonferenz, Teufelsschlucht Hägendorf

Mittwoch, 8. Mai:

13 Uhr: Fraktionsausflug, Dornach

Mittwoch, 15. Mai

19 Uhr: Parteivorstandssitzung, Öufi Brauerei Solothurn

Termine DV 2024

23. April: kantonale Delegiertenversammlung, Lostorf

14. August: kantonale Delegiertenversammlung, Grenchen

23. Oktober: kantonale Delegiertenversammlung, Härkingen

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

Auch Spass darf sein: Nationalräte Jacqueline de Quattro (VD) und Peter Schilliger (LU) während der Wintersession.
Foto: Parlamentsdienste 3003 Bern / Franca Pedrazzetti



Lichtblick und Schatten

Die zwei wichtigsten Geschäfte

«In der Gesundheitspolitik existieren zahlreiche Baustellen, sei es im Bereich der Digitalisierung, bei der Versorgungssicherheit oder bei der Eliminierung weiterer Fehlanreize.»

Das Parlament schafft endlich den Durchbruch in der Gesundheitspolitik und ringt sich zu einem Budget durch. Die zwei wichtigsten Geschäfte der Wintersession im Überblick.

Es ist vollbracht: Nach 14 Jahren Beratung macht das Parlament den Weg frei für eine der grössten Reformen im Gesundheitswesen des letzten Jahrzehnts. Die einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen – kurz EFAS – wird helfen, die Kosten im Gesundheitswesen zu dämpfen.

Positives Signal für die neue Legislatur

Im Kern geht es bei EFAS darum, dass künftig alle Gesundheitsleistungen nach einem gleichen Berechnungsschlüssel finanziert werden. Behandlungen mit Spitalübernachtung (stationär) werden heute zu mindestens 55 Prozent durch den Kanton mit Steuergeldern bezahlt, 45 Prozent trägt die Krankenkasse. Ambulante Behandlungen (beispielsweise Hausarzt, Spezialisten) werden ausschliesslich durch die Krankenversicherer bezahlt. So werden in der Schweiz weniger als 20 Prozent der Operationen ambulant durchgeführt. Andere Länder erreichen einen Anteil von rund 80 Prozent. Fallen die Spitalübernachtungen weg, werden nicht nur Kosten eingespart, sondern auch das Infektionsrisiko vermindert.

Weitere Baustellen

Es ist erfreulich, dass eine deutliche und parteiübergreifende Mehrheit des Parlaments die wichtige Reform unterstützt. Wer nun aber meint, die Arbeit sei getan, irrt sich. In der Gesundheitspolitik existieren zahlreiche Baustellen, sei es im Bereich der Digitalisierung, bei der Versorgungssicherheit oder bei der Eliminierung weiterer Fehlanreize. Um die Herausforderungen gemeinsam meistern zu können, muss im EDI ein neuer Wind wehen. Ob dafür Elisabeth Baume-Schneider die richtige Frau ist, ist zu bezweifeln. Die Bundesrätin muss ihre Arbeitsweise ändern. Ansonsten wird sie Schiffbruch erleiden. Zum Schaden des Landes.

Zankapfel Finanzierung UNWRA

Die Budgetberatungen in der Wintersession waren von intensiven Diskussionen geprägt. Der Prozess erstreckte sich über mehrere Sitzungen in beiden Räten und in den vorberatenden Kommissionen und endete mit einer abschliessenden Einigungskonferenz. Die Herausforderung bestand darin, ein schuldenbremsenkonformes Budget zu verabschie-

den. Nachdem der grösste Teil des Budgets bereinigt war, rückten einige Knackpunkte in den Mittelpunkt der Diskussion. So auch der Budgetposten für humanitäre Aktionen, wo eine Kürzung von 20 Millionen Franken bei der UNWRA zur Diskussion stand. Der Bundesrat sprach sich gegen diese Kürzung aus. Andere stimmten für die Kürzung, da der UNWRA unter anderem vorgeworfen wird, antisemitisches Schulmaterial zu verbreiten. Die Einigungskonferenz und der Rat einigten sich schliesslich auf eine Kürzung um 10 Millionen Franken, wobei allerdings die Zweckbindung der Kürzung für die UNWRA aufgehoben wurde.

Düstere Aussichten für die Schuldenbremse

Trotz der erfolgreichen Verabschiedung des Voranschlags 2024 und des Finanzplans für die Jahre 2025 bis 2027 ist die FDP besorgt über die düsteren finanziellen Aussichten. Anstelle von Steuererhöhungen oder einer weiteren Anhebung der Mehrwertsteuer ist fortan eine Prioritätensetzung auf der Ausgabenseite unabdingbar. Die Schuldenbremse darf dabei auf keinen Fall aufgeweicht werden.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

Regine Sauter sagt am 3. März klar Nein zur 13. AHV-Rente.



Verantwortungslosen Ausbau der AHV ablehnen

Nein zur Gewerkschaftsinitiative

«Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben.»

Am 3. März stimmen wir einmal mehr über ein sozialistisches Ausbauprojekt unseres Sozialstaates ab. Eine Initiative, lanciert von Gewerkschaften, der SP und Grünen, verlangt die Einführung einer 13. AHV-Rente für alle. Auf den ersten Blick ein sympathisches Anliegen, wer mag dies den Rentnerinnen und Rentnern schon nicht gönnen. Nur – die Initiantinnen und Initianten unterlassen es, ihrem Anliegen ein Preisschild anzuheften. Darum schon mal an dieser Stelle: Fünf Milliarden Franken jährlich würde dies die AHV zusätzlich kosten.

Begründet wird die Initiative damit, dass angesichts des stetigen Kaufkraftverlusts die Renten nicht mehr zum Leben reichen würden. Dieses Argument ist gleich aus zwei Gründen irreführend. Zum einen werden die AHV-Renten regelmässig (mindestens alle zwei Jahre) der Teuerung und der Lohnentwicklung angepasst. Ein allfälliger Kaufkraftverlust wird damit ausgeglichen. Zum anderen muss in diesem Land im Alter niemand ausschliesslich von der AHV leben, denn Ergänzungsleistungen zur AHV sichern das Existenzminimum.

Berufliche Vorsorge modernisieren

Gerade die heutige Generation von Rentnerinnen und Rentnern verfügt in der Mehrzahl über eine gut ausgebaute zweite Säule, da sie ihre Erwerbstätigkeit in einer Zeit ausgeübt hat, als das Pensionskassenobligatorium bereits eingeführt war. Und für jene Personen, die über keine massgebliche zweite Säule verfügen (zum Beispiel, weil sie nur in kleinen Pensen berufstätig waren), ist es ent-

scheidend, dass wir die berufliche Vorsorge modernisieren. Dies betrifft vor allem die Frauen. Es muss in Zukunft auch Personen mit kleinen Einkommen möglich sein, ein Guthaben in der zweiten Säule aufzubauen. Das Parlament hat eine entsprechende Gesetzesänderung verabschiedet, wir werden darüber auch in diesem Jahr abstimmen. Und hierzu gilt es dann, klar Ja zu sagen.

AHV ab 2030 bereits im Minus

Doch zurück zum Preis der Gewerkschaftsinitiative. In der AHV fünf Milliarden Franken jährlich zusätzlich auszugeben, ist verantwortungslos. Denn bereits ohne diese Zusatzausgabe kippt unser wichtigstes Sozialwerk ab 2030 ins Minus. Noch problematischer: Die Initianten sagen nicht, wie sie ihre Wohltat zu finanzieren gedenken. Denn die Wahrheit ist unbequem: Ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent oder die Erhöhung der Lohnabzüge von heute 8,7 auf neu 9,4 Prozent wären nötig.

Belastung vor allem für den Mittelstand

Diese Initiative ist letztlich unsozial. Ohne Berücksichtigung des effektiven Bedürfnisses soll mit der Giesskanne allen Rentnerinnen und Rentnern eine 13. Rente ausbezahlt werden, auch den Millionären. Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben. Diese Mogelpackung gilt es offenzulegen. Wir müssen stattdessen heute Lösungen finden für eine langfristige und nachhaltige Sicherung der AHV. Dies wird bereits einen grossen Effort und eine hohe Kompromissbereitschaft der Gesellschaft bedingen. Ein zielloser und nicht finanzierter Ausbau der AHV ist hingegen nicht zu verantworten. Ich sage deshalb klar Nein zur Gewerkschaftsinitiative für eine 13. AHV-Rente.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Jetzt QR-Code scannen
und mehr erfahren!

RENTENINITIATIVE ERKLÄRT

JA zur Renteninitiative am

3. März 



FDP
Die Liberalen

 Jungfreisinnige
Schweiz





Deine Spende zählt!
Sichern wir jetzt gemeinsam unsere AHV.

**RENTEN-
INITIATIVE JA**

alternative Bankverbindung *
Empfänger: Renteninitiative
Konto: 15-357311-9
IBAN: CH78 0900 0000 1535 7311 9

Jetzt mit TWINT
spenden!

 QR-Code mit der
TWINT-App scannen
 Betrag und Spende
bestätigen



* Ihre Spende geht direkt an den Verein Renteninitiative

Fotobox zur Renteninitiative an der DV 2024 in Zug.



Sichern wir unsere Renten langfristig!

Entpolitisierung des Rentenalters

Unser Rentensystem ist aus dem Gleichgewicht. Der AHV droht über die nächsten 25 Jahre ein kumuliertes Defizit von über 100 Milliarden Franken. Die AHV-Renten zukünftiger Generationen sind folglich nicht mehr gesichert. Wie konnte das passieren?

Die Bevölkerung wird immer älter, es kommen weniger Kinder auf die Welt und eine halbe Million Babyboomer erreichen in den nächsten zehn Jahren das Rentenalter – so viele wie noch nie. Um den Generationenvertrag zu sichern und unsere verfassungsmässige Verantwortung zu erfüllen, ist es unerlässlich, jetzt für sichere Renten – sowohl für die heutige als auch für kommende Generationen – zu sorgen.

Vier Optionen zur Sicherung der AHV-Renten

Letztlich existieren vier Optionen zur Sicherung unserer AHV-Rente: Rentenkürzungen, der Anstieg der Mehrwertsteuer oder der Lohnabgaben oder die Erhöhung des Rentenalters. Rentenkürzungen und die weitere Erhöhung von Mehrwertsteuer oder Lohnabgaben gilt es zu vermeiden. Es sind kurzfristige Massnahmen, die tiefere Einkommen und Junge belasten. Die zentrale Stellschraube

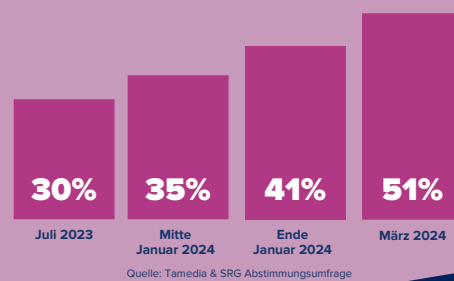
zur Sicherung der Renten ist das Rentenalter. Ohne den Mut, das Rentenalter zu erhöhen, bleiben vermeintlich grosse AHV-Reformwürfe nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Strukturelle Reformen nötig

Ein höheres und flexibles Rentenalter liefert die lang ersehnte strukturelle Reform: Die Anzahl Rentner pro Beitragszahler verkleinert sich und die Einnahmen aller Altersvorsorgesysteme steigen.

Die Erhöhung und Flexibilisierung des Rentenalters durch die Renteninitiative bilden einen Rahmen. Nicht alle Berufsgattungen können oder wollen länger arbeiten. Vor allem körperlich anstrengende Berufe gilt es zu unterstützen. Damit wir sozial reformieren, bleiben branchenspezifische Lösungen, wie beispielsweise die Frühpensioenierung im Bau, weiterhin möglich.

GEBEN WIR VOLLGAS IM ABSTIMMUNGSKAMPF FÜR NACHHALTIGE RENTEN



Entpolitisierung des Rentenalters

Mit der Renteninitiative schaffen wir einen moderaten Reformvorschlag. Dank der Entpolitisierung des Rentenalters passen wir die AHV der demografischen Realität an und sanieren sie für zukünftige Generationen. Lösen wir uns endlich von einer scheiternden «Pflasterlipolitik» und sichern wir unsere Renten nachhaltig. Für eine starke AHV – heute und auch in Zukunft.

Andrea Caroni, Ständerat AR und Vizepräsident der FDP.Die Liberalen Schweiz

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

FDP
Die Liberalen

Diese Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug am 20. Januar 2024 gefasst. Über die Parole für die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit», über die ebenfalls am 9. Juni 2024 abgestimmt wird, wird an der Parteipräsidentenkonferenz im April befunden werden.

Abstimmungen vom 3. März 2024



JA

Renteninitiative



NEIN

13. AHV-Rente

Abstimmungen vom 9. Juni 2024



NEIN

Kostenbremse-Initiative



NEIN

Prämien-Entlastungs-Initiative



JA

Mantelerlass

(Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien)

Weitere Abstimmungen



JA

Autobahnausbau

Rückblick Bundesratswahlen

Bundesrat Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Gespräch. Foto: EDA / Pascal Lauener (2023)



Interview

Drei Fragen an die wiedergewählten Bundesräte

Wie haben Sie den Tag der Bundesratswahl erlebt?

Karin Keller-Sutter: «Nach den Ergebnissen der eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober war verständlicherweise eine gewisse Anspannung zu spüren – auch bei der FDP, deren Anspruch auf zwei Bundesratssitze von verschiedener Seite in Frage gestellt worden war. Der Tag selbst verlief dann aber relativ ruhig. Ignazio und ich konnten uns über eine klare Wiederwahl freuen. Einzig am Schluss, bei der Wahl der Bundespräsidentin und der Vizepräsidentin des Bundesrats, bekamen Viola Amherd und ich zu spüren, dass sich in mehreren Fraktionen ein gewisser Unmut über den Ablauf der Bundesratswahlen aufgestaut hatte.»

Ignazio Cassis: «Ich verfolgte die Bundesratswahlen am TV in meinem Büro. Selbstverständlich freute ich mich über die Wiederwahl von Karin und mir. Darauf stiess ich mit meinen engsten Mitarbeitenden an. Ein paar Freunde besuchten mich später im Büro. Viel Zeit zum Feiern blieb allerdings nicht. Schliesslich galt es noch, die wichtige Bundesratssitzung zu Europa am darauffolgenden Freitag vorzubereiten.»

Wo legen Sie Ihre Prioritäten in der neuen Legislatur?

Karin Keller-Sutter: «Klar im Zentrum stehen werden die Bundesfinanzen. Weil höhere Ausgaben für die Armee, die Altersvorsorge und die Ukraine-Flüchtlinge anstehen, werden die Budgets der kommenden Jahre sehr anspruchsvoll. Sollten die Initiativen für eine 13. AHV-Rente und für höhere Prämienverbilligungen angenommen werden, käme der Bundeshaushalt noch mehr unter Spardruck. Mehreinnahmen wären unumgänglich. Daneben wird auch die Regulierung des Finanzplatzes im Fokus stehen, insbesondere die Weiterentwicklung der <Too big to fail>-Regeln im Nachgang zum Untergang der Credit Suisse.»

Ignazio Cassis: «Zentral wird das Europadossier sein. Es ist von grundlegender Bedeutung, den bilateralen Weg zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Zudem werden die Bundesfinanzen im Fokus stehen: Es wird nicht einfach, in der Bundesverwaltung und im Parlament die Appetite zu dämpfen, nach so vielen Jahren Schönwetterlage. Karin wird im Finanzdepartement eine Schlüsselrolle übernehmen und die Verteilungskämpfe moderieren. Ich werde sie unterstützen.»

Was möchten Sie den Lesern und Leserinnen des «Freisinn» noch gerne sagen in Bezug auf die neue Legislatur?

Karin Keller-Sutter: «Nach einer Legislatur der Krisen – Pandemie, Ukrainekrieg, drohende Energiemangellage – müssen wir wieder Abstand nehmen von der Vorstellung, dass der Staat in allen Lebenslagen einfach einspringen und Leistungen garantieren kann. Zumal, ich habe es gesagt, finanzpolitisch anspruchsvolle Zeiten auf uns zukommen. Insgesamt bin ich aber zuversichtlich, weil die Schweiz gut aufgestellt ist und es uns im internationalen Vergleich immer noch gut geht – auch dank der soliden Finanzpolitik der vergangenen Jahre.»

Ignazio Cassis: «Die Wahlen 2023 sind ein Weckruf für die Schweiz und insbesondere für uns Freisinnige. Für die Schweiz, weil die Welt viel unruhiger geworden ist: Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand sind leider nicht mehr automatisch gesichert. Für die Freisinnigen eigentlich eine Opportunität, weil wir diejenigen sind, die für Freiheit und Eigenverantwortung stehen. Aber wir müssen wieder fähig sein, mit gutem Beispiel voranzugehen.»

Parteipräsident Thierry Burkart bei seiner Rede an der Delegiertenversammlung in Zug. Foto: Jannik Kaiser



der Fall. Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.

Wo Not herrscht, sind wir einverstanden, dass der Staat hilft. Wir wollen Armut bekämpfen. Aber wir wollen sie dort bekämpfen, wo sie besteht, und nicht einfach mit der Giesskanne auch diejenigen beglücken, die nicht darauf angewiesen sind. Das ist liberale Politik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen uns nicht ein für die Wirtschaft per se. Wir setzen uns ein für die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land; für jene Menschen, die bereit sind, ein Risiko einzugehen; für jene Menschen, die innovativ sind; für jene Menschen, die Arbeitsplätze schaffen und Verantwortung für die Menschen übernehmen. Für diese Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger, für die Rahmenbedingungen ihrer Unternehmen, setzen wir uns ein.

«Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.»

Ich freue mich, Sie heute in Zug so zahlreich begrüßen zu dürfen. Erlauben Sie mir, einen Gast heute ganz speziell zu begrüßen. Es ist unser ehemaliger Bundesrat Kaspar Villiger. Lieber Kaspar, es ist uns eine Freude und Ehre, dass du hier bist. Du bist und bleibst ein absolutes Aushängeschild und ein Leuchtturm unserer Partei, aber vor allem auch der liberalen Politik in diesem Land!

Ja, liebe Freisinnige, wir mussten am 22. Oktober ein Resultat entgegennehmen, das wir uns so nicht gewünscht hatten. Und wir müssen konstatieren: Wir verfehlten unsere Ziele. Wir müssen entsprechend kritisch auf unsere Arbeit zurückschauen.

In den letzten Wochen haben wir eine interne Analyse vorgenommen. Diese wird ergänzt durch eine externe Analyse. Und die Konsequenzen? Die werden wir in drei Arbeitsgruppen erarbeiten, die wir gerade gestern an der Parteipräsidenten-Konferenz eingesetzt haben. Eine Arbeitsgruppe ist zuständig für personelle, strukturelle und organisatorische Verbesserungen. Eine zweite befasst sich mit Fragen der Programmatik und definiert Anpassungen und/oder Themen, bei denen wir uns klar und besser positionieren müssen. Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Stärkung unserer Kampagnenfähigkeit. Alle diese Erkenntnisse und Vorschläge für daraus fließende Massnahmen werden wir euch an der nächsten Delegiertenversammlung im Juni vorstellen.

Wenn ich aber zurückschauen auf die letzten Monate, dann darf ich sagen, dass ich sehr, sehr viele positive Aspekte mitnehmen konnte. Ich stellte fest, dass bei uns in der Partei, Unkenrufen zum Trotz, die Stimmung und die Motivation wirklich hervorragend sind. Man ist gerne bei der FDP; man engagiert sich bereitwillig für unsere Partei und setzt sich gerne ein für die Politik, die wir Freisinnige vertreten.

Denn unsere Partei, unsere Werte, unsere Politik braucht es mehr denn je! Wer soll dieses Land zukunftsfähig machen, wenn nicht wir Freisinnige? Nichtsdestotrotz müssen lernen, klar zu zeigen, dass wir für die Menschen Politik machen. Wir müssen aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger kommunizieren. Wir müssen aufzeigen, dass es zum Vorteil einer Wählerin und eines Wählers ist, wenn man FDP wählt. Wir müssen aufhören, in irgendwelchen abstrakten Gebilden zu kommunizieren. Und vor allem müssen wir lernen aufzuzeigen, dass die liberale Politik keine kalte, menschenfeindliche Politik ist. Nein, das Gegenteil ist

Auch bin ich überzeugt davon, dass es notwendig ist, dass wir Fragen der Bildungspolitik wieder vermehrt in Politik und Gesellschaft diskutieren. Ich weiss natürlich, Bildungspolitik ist primär Sache der Kantone. Das soll uns aber als nationale Partei nicht daran hindern, dass wir uns dazu Grundsatzüberlegungen anstellen, diese festlegen und dann in den Kantonen auch umsetzen. Die Freisinnigen wussten immer: Bildung ist wichtig für die Menschen in diesem Land, denn nur gut ausgebildete Menschen haben die Fähigkeit, etwas aus ihrem Leben zu machen und auf ihren eigenen Beinen zu stehen. Wir müssen feststellen, dass unsere Fähigkeiten, also der Output aus unserem Bildungssystem, nicht wirklich besser werden. Hier müssen wir ansetzen. Und ich glaube, hier gibt es viel zu tun.

Sie sehen, liebe Freisinnige, uns braucht es! Es braucht uns mehr denn je! Es gibt viel zu tun. Wir wollen es anpacken. Ich danke Ihnen jetzt schon dafür, dass Sie bereit sind mitzuarbeiten. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie bereit sind, sich für unsere Überzeugungen und für unsere Politik einzusetzen.

**Thierry Burkart, Parteipräsident
FDP.Die Liberalen Schweiz**

Wir geben diesen Auszug in Absprache mit dem Parteipräsidenten wieder. Es handelt sich um eine Transkription der mündlich gehaltenen Rede.

Delegiertenversammlung

Breite Unterstützung der Wirtschaftsverbände für die Renteninitiative.



Engagiert für realistische Lösungen

Die FDP stellt die Weichen für eine nachhaltige und reformorientierte Politik

Gleich sechs Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug gefasst. Über 350 Freisinnige setzten ein klares Zeichen für sichere AHV-Renten. Die Delegierten sprachen sich ebenfalls gegen eine weitere Verstaatlichung des Gesundheitswesens sowie für eine leistungsfähige Infrastruktur aus. Nach einer Schweigeminute für den verstorbenen alt Ständerat Dick Marty rief Parteipräsident Thierry Burkart die Parteibasis dazu auf, an der liberalen Grundgesinnung der Partei festzuhalten.



Bundsrätin Karin Keller-Sutter spricht zur Schuldenbremse.



Alt Bundesrat Kaspar Villiger nahm ebenfalls an der DV teil.



Ständerat Matthias Michel (ZG) im Gespräch mit Nationalrat und Fraktionspräsident Damien Cottier (NE).



Andri Silberschmidt erklärt den Delegierten das Vorhaben des Prämien-Entlastungs-Initiativkomitees.



Bundesrat Ignazio Cassis bei seiner Rede zur Europapolitik.



Bettina Balmer, Nationalrätin (ZH).



Nationalrat Heinz Theiler (SZ).



Regine Sauter informiert vor der Parolenfassung über die Kostenbremse-Initiative.

Simon Michel.



Bilaterale III

Entscheidende Weichenstellung für die Zukunft

Der bilaterale Weg ist ein Erfolgsmodell. Mit den Bilateralen III will die Schweiz die gute Beziehung zu unseren europäischen Partnern auch in Zukunft sicherstellen und weiterentwickeln. Insbesondere die SVP schimpft dies eine Unterwerfung, eine Anpassung, eine Unterjochung. Dabei geht es im Kern um die Fortführung unseres «Schweizer Modells». Aber auch in unseren Reihen gibt es skeptische Stimmen. Deshalb ist es wichtig, dass wir das finale Verhandlungsergebnis des Bundesrates abwarten. Gleichzeitig aber sollten wir uns die Frage stellen, was denn die Alternativen sein könnten.

Die Schweiz ist mit Europa wirtschaftlich und gesellschaftlich eng verbunden. Über 50 Prozent unserer Exporte gehen in Länder der EU, gegen 70 Prozent der Importe kommen aus Ländern der EU. Das Handelsvolumen beträgt über 1 Milliarde Franken pro Arbeitstag. Wir teilen gemeinsame Werte, Geschichte und Kultur.

Bilaterale Verträge vs. Freihandelsabkommen

Als zentrales Bindeglied zwischen der Schweiz und der EU agieren die bilateralen Verträge. Sie gehen wesentlich weiter als Freihandelsabkommen, bei

denen es in erster Linie um den Abbau von Zöllen geht. Die bilateralen Verträge beinhalten in Bezug auf Güter insbesondere auch Produktzulassungen, gemeinsame Standards oder den Zugang zu gemeinsamen Datenbanken mit fehlerhaften Produkten. Ein Produkt, das in der Schweiz hergestellt und zugelassen wird, kann damit automatisch auch in Ländern der EU verkauft werden und umgekehrt.

Die bilateralen Verträge sind eine massgeschneiderte Lösung für beide Seiten. Sie sind ein Erfolgsmodell für die Schweiz, jedoch auch ein Sonderweg für die EU. Ein Sonderweg, der sich in

den letzten Jahren langsam zu einer unbefestigten Strasse entwickelt hat und irgendwann enden könnte, wenn er nicht neu befestigt wird. Swissem spricht deshalb auch von einem «dringend notwendigen Service».

Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen

Der Bundesrat hat es geschafft, in den Sondierungsgesprächen einen neuen Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen aufzusetzen. Ein Modell ohne horizontale, institutionelle Verpflichtungen.



«Eines ist jedoch klar:
Das Nichtstun, die Erosion,
das Auslaufen der Verträge
ist keine Option.»



Maroš Šefčovič, EU-Vizekommissionspräsident und Verantwortlicher für das Schweiz-Dossier. Foto: Europäische Union (2023)

tungen, wie das bei weiterführenden Freihandelsabkommen der Fall ist, stattdessen mit klaren Regeln pro Abkommen mit für die Schweiz vorteilhaften Ausnahmen. Dadurch sollen die Bilateralen I und II abgesichert und neue Kooperationen, zum Beispiel im Zugang zum Strommarkt, ermöglicht werden.

Nichtstun ist keine Option

Die Verhandlungen mit der EU werden voraussichtlich diesen März beginnen. Wie hoch der Preis für das Paket der Bilateralen III schlussendlich sein wird, wird sich im Detail erst in rund einem Jahr zeigen. Eines ist jedoch klar: Das Nichtstun, die Erosion, das Auslaufen der Verträge ist keine Option. Dadurch würden unweigerlich auch Errungenschaften wie Schengen/Dublin wegfallen, und die Schweiz würde zu einem Drittstaat, mit all seinen Konsequenzen beim Reisen, beim Handeln, beim Zugang zu Arbeitsstellen, usw.

Ohne die Bilateralen III gibt es keine Aktualisierung bestehender Abkommen mehr. So hat die

EU-Kommission 2019 die Börsenäquivalenz nicht verlängert. Unsere Forschenden und Schulen zahlen den Preis für den Verlust der Assoziierung bei Horizon Europe oder Erasmus. Die Nichtaktualisierung des MRA (Mutual Recognition Agreement) hat die Schweizer Medtech-Branche faktisch über Nacht als erste von 20 Branchen vom EU-Markt ausgeschlossen. Aufwendige Produktneuzulassungen waren notwendig. Weitere Branchen, wie Baustoffe, Spielwaren oder Maschinen, folgen ab 2026, wenn wir bis dann keine Lösung haben.

Bilaterale Abkommen als Königsweg

Bleibt die Alternative eines erweiterten Freihandelsabkommens basierend auf jenem von 1972, wie es von Gegnern des bilateralen Wegs gerne ins Spiel gebracht wird. Ein Freihandelsabkommen schliesse jedoch die Landwirtschaft mit ein, führte zur Übernahme von Sozial- und Umweltnormen und stünde in Konflikt mit den staatlichen Beihilfen, Stichwort Kantonalbanken. Ist das mehrheits-

fähig? Es darf bezweifelt werden. Der bilaterale Weg ist und bleibt der Königsweg.

Mit den Bilateralen III haben wir die Chance, die Beziehungen mit der EU zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Als Unternehmer, FDP-Nationalrat und APK-Mitglied werde ich mich für eine gute Vorlage einsetzen. Dem Verhandlungsteam wünsche ich viel Erfolg und Durchhaltewillen!

Simon Michel, Nationalrat SO und CEO Ypsomed Holding AG



FDP-Position zu Europa.

Pressekonferenz der FDP zur Migrationspolitik (2023). Fotos: Jannik Kaiser



Seit vielen Jahren beschäftige ich mich mit dem Thema Migration. In der letzten Session wurden zwei meiner drei Motionen, die der Ständerat bereits angenommen hatte, auch vom Nationalrat angenommen.

Die eine betraf die Forcierung der Dublin-Rückführungen nach Italien, die Italien seit Dezember 2022 verweigert, die andere die konsequente Rückführung von algerischen Staatsangehörigen, die unser Land verlassen müssen. Die letzte wurde unverständlicherweise von der gesamten Linken und mithilfe der Mitte abgelehnt. Mit dieser Motion sollte eine Lösung für die Rückführung von eritreischen Staatsangehörigen gefunden werden, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die in ihr Herkunftsland zurückkehren müssen, da ihnen kein internationaler Schutz zusteht.

FDP-Migrationsprogramm «Hart, aber fair»

Seit den eidgenössischen Wahlen im Herbst polarisiert das Thema Migration die Schweizer Politik. Die einen wollen die Türen unseres Landes weit öffnen und die anderen wollen sie doppelt verriegeln. Leider führt diese von Schwarz-Weiss-Denken geprägte Weltsicht nicht weiter. Aus diesem Grund hat die FDP bereits Jahre zuvor das Migrationsprogramm «Hart, aber fair» lanciert und hält daran fest. Es steht für unsere Migrationspolitik, die ausgewogen und menschlich sein muss, aber unerbittlich gegenüber jenen Migranten, die in der Schweiz Straftaten begehen, sich nicht an unsere Gesetze halten und versuchen, unser System auszunutzen.

Diese ausgewogene Politik ist vielleicht weniger spektakulär als das Einnehmen von scharfen oder gar extremen Positionen, die in der Tatsache keine Lösung für das Problem bieten, sondern im Gegenteil die Polarisierung innerhalb unserer Gesellschaft verstärken und die Akzeptanz für unser noch funktionierendes Asylsystem schwinden lassen.

Vor allem aber vergisst die FDP nicht, dass die Migration das Schicksal von Menschen, unseren Mitmenschen, widerspiegelt. Deshalb müssen wir diese Menschlichkeit im Auge behalten, wenn wir über Migration sprechen. Es ist uns ein zentrales Anliegen, mit unserem Handeln unserer langjährigen humanitären Tradition gerecht zu werden.

Der UNO-Migrationspakt von 2018

Die internationale Gemeinschaft hat am 10. Dezember 2018 den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Migrationspakt) verabschiedet. Der Migrationspakt basiert auf den internationalen Menschenrechten und bekräftigt die Verpflichtung der Staaten, alle Menschenrechte für alle Migranten zu achten, zu schützen und umzusetzen. Bei der Eröffnung der Konferenz in Marrakesch bezeichnete UN-Generalsekretär António Guterres den Pakt als «Fahrplan zur Verhinderung von Leid und Chaos». Er

«Hart, aber fair» steht für unsere Migrationspolitik, die ausgewogen und menschlich sein muss, aber unerbittlich gegenüber jenen Migranten, die in der Schweiz Straftaten begehen, sich nicht an unsere Gesetze halten und versuchen, unser System auszunutzen.»



«Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, uns international an der Bewältigung der Migrationskrise zu beteiligen, dabei aber unser Schweizer Rechtssystem und unsere unabhängige Migrationspolitik zu bewahren.»



Ständerat Damian Müller an der DV in Kreuzlingen (2023).

betonte, dass der Pakt kein neues Recht auf Migration und die Pflicht, Migranten aufzunehmen, schafft, sondern stellte klar, dass «Migranten unabhängig von ihrem Status Menschenrechte geniessen sollten». Zudem sollen Migrationsgründe reduziert und die internationale Zusammenarbeit bspw. für die Rückkehr von Migranten verbessert werden.

Überprüfung aufgrund von Vorbehalten in der Bevölkerung

Das Parlament stand seiner Unterzeichnung damals zögerlich gegenüber. Dies, nachdem grosse Vorbehalte aus der Bevölkerung geäussert wurden. Nun hat der Bundesrat, nachdem die Frage zu Soft-Law ausführlich behandelt und dargelegt wurde, einen Bericht zu den Auswirkungen des Pakts vorgelegt. In seinem Bericht zeigt das EDA auf, dass der Pakt nur Soft Law-Bestimmungen enthält und keine negativen Auswirkungen ersichtlich sind. Der Pakt beinhaltet also keine rechtlichen Verpflichtungen für die Schweiz, sondern empfiehlt lediglich bestimmte Massnahmen, die ergriffen werden sollten. Angesichts dieser überzeugenden Erklärungen schlug ich in der aussenpolitischen Kommission des Ständerates vor, dass die Schweiz den Migrationspakt unterzeichnet und sich dem Konzert der Nationen anschliesst.

Annahme nur, wenn mit schweizerischem Recht vereinbar

Dies jedoch nicht, ohne die Ängste aus der Bevölkerung zu adressieren und nötige Klarstellungen und Vorbehalte festzuhalten. So möchte ich mit meinem Antrag sicherstellen, dass die Annahme des Paktes mit dem geltenden schweizerischen Recht vereinbar ist und sich durch den Beitritt keine Änderung begründen lässt. Zudem sollen künftige Weiterentwicklungen der Bundesversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Weiter wird klargestellt, dass gewisse Massnahmen von der Schweiz nicht mitgetragen werden, beispielsweise was Einschränkungen der Medienfreiheit anbelangt.

Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, uns international an der Bewältigung der Migrationskrise zu beteiligen, dabei aber unser Schweizer Rechtssystem und unsere unabhängige Migrationspolitik zu bewahren. Deshalb bin ich der Meinung, dass es für die Schweiz an der Zeit ist, den Migrationspakt zu unterzeichnen, da dieser unser Asylgesetz nicht tangiert. Denn für uns gilt nach wie vor: Rückführungen haben absolute Priorität und wir halten unmissverständlich an unserer Haltung «Hart, aber fair» fest!

Damian Müller, Ständerat LU

Roger Federer 2005 in Wimbledon. Wikimedia Commons



Grand Slam für die Energiepolitik

Ja zur sicheren Stromversorgung

Erinnern Sie sich noch an den ersten Wimbledon-Titel von Roger Federer? Das war im Jahr 2005. Federer ist mittlerweile weg. Die Erhöhung der Grimsel-Staumauer wartet jedoch immer noch auf die Bewilligung, obwohl diese ebenfalls im Jahr 2005 beantragt wurde. Wie soll die Schweiz ihre Energiezukunft meistern, wenn selbst die Erhöhung einer seit Jahrzehnten bestehenden Staumauer im bürokratischen Dickicht stecken bleibt?

Eine wichtige Vorlage, um in dieser Frage endlich voranzukommen, ist das Bundesgesetz über die sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Der sogenannte Mantelerlass beinhaltet zielführende Massnahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in den Bereichen Wasserkraft, Solar- und Windenergie. Insgesamt leisten die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung unserer Stromversorgung und zur Erreichung der Klimaziele 2050. Denn unser Land will in knapp 25 Jahren emissionsfrei sein. Konkret bedeutet dies, dass wir keine klimaschädlichen Gase mehr ausstossen dürfen oder diese durch Einsparungen an anderer Stelle kompensieren müssen.

Zusätzlicher erneuerbarer Strom benötigt

Den Weg hin zu Netto-Null 2050 hat das Stimmvolk im vergangenen Juni mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Gletscherinitiative unterstützt. Damit dies gelingt, brauchen wir viel zusätzlichen erneuerbaren Strom. Mit dem steigenden Strombedarf und dem Wegfall bestehender

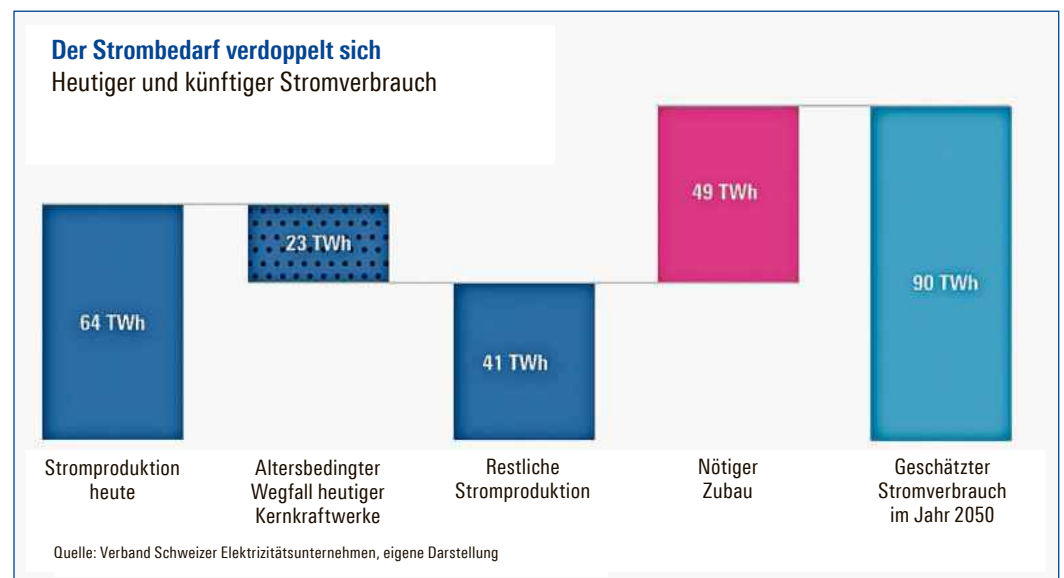
Kernkraftwerke entsteht eine Stromlücke von voraussichtlich rund 50 TWh (siehe Grafik). Im neuen Stromgesetz sind klare Ziele festge-

schrieben, um die inländische Stromproduktion durch den raschen Aus- und Zubau erneuerbarer Energien zu steigern. So sollen die Erneuerbaren (ohne Wasserkraft) bis 2035 35 TWh und bis 2050 45 TWh liefern. Die Wasserkraft soll ihre Produktion bis 2035 auf 37,9 TWh und bis 2050 auf 39,2 TWh steigern. Das Gesetz will dies primär durch Investitionsanreize und Planungssicherheit erreichen. Hinsichtlich des Landschaftsschutzes wurde intensiv über das Verhältnis Schutz versus Nutzen diskutiert und gerungen. Gesamthaft gesehen wurden tragfähige Kompromisse geschmiedet. So konnte zum Beispiel die Forderung nach einer generellen Solarpflicht aus dem Gesetz entfernt werden. Demgegenüber hatten wir leider keinen Erfolg mit dem Begehren nach einer vollständigen Öffnung des Strommarktes. Gerade diese Öffnung hätte Marktelemente gebracht und den Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit gegeben, ihren Lieferanten selbst zu wählen. Ein kleiner Erfolg ist aber die Schaffung von lokalen Stromgemeinschaften, sogenannten LEGs.

Ein Ja ist essenziell

Mit der sehr klaren Verabschiedung des Stromgesetzes hat das Parlament ein eindrückliches Zeichen gesetzt. Trotzdem ist es einer kleinen Gruppe von Landschaftsschützern und Windkraftgegnern gelungen, das Referendum zu ergreifen. Die Bevölkerung wird voraussichtlich im Juni 2024 über die Vorlage abstimmen. Die Unterstützung der Stimmberechtigten an der Urne ist essenziell: Die Dringlichkeit ist hoch und das Gut – die Versorgungssicherheit in der Schweiz – von enorm hoher Bedeutung. Denn Energiesicherheit betrifft uns alle. Setzen wir uns also gemeinsam ein für eine sichere Zukunft!

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin SG



KOLUMNE

AHV für Babyboomer sichern

Die Schweizer Bevölkerung lebt länger. Die Geburtenrate sinkt. Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sinkt ebenfalls. Diese langfristigen Trends führen dazu, dass der AHV gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen in den kommenden 25 Jahren über 100 Milliarden Schweizer Franken fehlen. Handeln wir nicht jetzt, werden in Zukunft die Mehrwertsteuer und Lohnabgaben massiv erhöht werden müssen.

Dies hätte zur Folge, dass alle in der Schweiz eine finanzielle Mehrbelastung erfahren würden. Der arbeitenden Bevölkerung würde jeden Monat mehr Abgaben von ihrem Lohn abgezogen werden. Die konsumierende Bevölkerung müsste bei jedem Einkauf mehr Steuern zahlen, um die AHV-Financen zu stabilisieren. Wir sprechen von durchschnittlich vier Milliarden Schweizer Franken, die pro Jahr fehlen. Das ist viermal so viel, wie der Bund pro Jahr für die Berufsbildung ausgibt. Handeln wir nicht jetzt, wird der Bund schmerzliche Sparmassnahmen umsetzen müssen, um die AHV zu sanieren. So weit darf es nicht kommen.



Die Renteninitiative sieht einen Weg ohne höhere Steuern und Abgaben vor. Die Volksinitiative, welche am 3. März 2024 zur Abstimmung kommt, verlangt, dass das Rentenalter schrittweise in den kommenden zehn Jahren auf 66 Jahre angehoben wird. Im Anschluss soll es an die Lebenserwartung gebunden werden. Die Logik ist simpel. Wir beziehen heute durchschnittlich zehn Jahre länger eine AHV-Rente als bei der Gründung der AHV. Wir zahlen aber immer noch

gleich lange ein. Diese Rechnung geht nicht mehr auf. Wenn wir alle ein paar Monate länger einzahlen, können wir die AHV-Financen und somit die AHV-Renten der Babyboomer-Generation sichern.

Es ist klar, dass nicht jede und jeder bis 65 oder 66 Jahren arbeiten kann. Für die betroffenen Personen und Branchen müssen – wie dies heute zum Beispiel in der Baubranche bereits der Fall ist – sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Das Parlament wird dies bei der Umsetzung der Initiative berücksichtigen müssen. Die Arbeitslosen- wie auch die Sozialhilfequote sind auf einem historischen Tiefstand. Die Arbeitgeber suchen händeringend nach Arbeitskräften. Mit der Anpassung des Rentenalters würde auch die Migration reduziert, da weniger Personal aus dem Ausland rekrutiert werden muss. Stimmen wir Ja zu einer gesunden AHV und somit Nein zu mehr Steuern und Abgaben.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH und Vizepräsident FDP.Die Liberalen Schweiz

FDP
Die Liberalen



**Informiert
bleiben?**

Jetzt «Freisinn» abonnieren

Wir machen

die Schweiz stark!

AHV ruinieren?

Kosten in Milliardenhöhe ruinieren unsere AHV

Bis 2033 gibt die AHV wegen der Alterung der Bevölkerung mehr als 3 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Die zusätzlichen jährlichen Kosten von 5 Milliarden Franken durch die Initiative fahren die AHV finanziell an die Wand.

Die 13. AHV-Rente macht die jüngsten Reformschritte zunichte

Eine 13. AHV-Rente nach dem Giesskannenprinzip kostet mehr als dreimal so viel, wie die Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 an Einsparungen bringt. Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer vom 1.1.2024 von 7.7% auf 8.1% zugunsten der AHV würde für die Finanzierung der 13. AHV-Rente nicht ausreichen und eine weitere Erhöhung auf 9.1% in 2026 wäre absehbar.

Mehrkosten für Bund, Wirtschaft und Privathaushalte

Die Initiative könnte nur über höhere Bundes- und Mehrwertsteuer sowie Lohnabgaben finanziert werden. Spürbare Mehrausgaben für Bund, Arbeitgeber und Privathaushalte wären die Folge. Die Linken ruinieren die AHV und die Kaufkraft auf einen Schlag.

Generationengerechtigkeit geht in beide Richtungen

Die 13. AHV-Rente würde schon ab 2026 für ein negatives Umlageergebnis sorgen und so bis 2050 einen Schuldenberg von 115 Milliarden Franken anhäufen. Bezahlen müssten das die erwerbstätigen Generationen.

3. März 2024
www.13ahvnein.ch

**13. AHV-
Rente
NEIN**